| | |
|---|---|
| Datum: | 18. Mai 2011 |
| Medium: | Kleine Zeitung |

# OECD empfiehlt Umbau von Pflegesystem

Eine OECD-Studie rechnet mit der Verdoppelung der Pflegekosten in den kommenden vierzig Jahren und drängt zu einer Erhöhung des Pflegepersonals.

Foto © APA

<

Die Kosten für die Pflege älterer Menschen werden sich in der OECD bis zum Jahr 2050 mindestens verdoppeln. Das geht aus einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hervor. In Österreich etwa rechnen Prognosen mit einem Anstieg der Pflegekosten von derzeit 1,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf bis zu 2,7 Prozent in den kommenden vierzig Jahren. Die OECD empfiehlt deshalb einen Umbau der Pflegesysteme.

Schon heute ist in Österreich jeder zwanzigste Mensch auf dauerhafte Pflege im Alter angewiesen. Steigende Lebenserwartung, nachlassende familiäre Bindungen und eine stärkere Berufstätigkeit von Frauen führen dazu, dass Pflegekapazitäten in den kommenden Jahrzehnten knapp werden könnten. Helfer aus der Familie bilden laut Bericht "das Rückgrat eines jeden Pflegesystems". Die OECD empfiehlt nun ein Umdenken. Die Regierungen der OECD-Länder müssten Systeme entwickeln, die sowohl familiäre als auch institutionelle Hilfe umfassen, "unabhängig davon, ob letztere zu Hause oder in einem Pflegeheim zum Einsatz kommt".

## Mehr Pflegepersonal rekrutieren

Jedes Land sollte sich nach Ansicht der OECD-Experten anstrengen, mehr Pflegepersonal zu rekrutieren. Das Bewerberfeld ließe sich zum Beispiel vergrößern, indem Kräfte aus dem Ausland angeworben werden oder durch den Versuch, die Geschlechterbarrieren aufzuweichen. Auch Frauen, die nach längerer Auszeit wieder ins Berufsleben einsteigen wollen, gelten als potenzielle Zielgruppe. Ein anderes Mittel der Qualitätssteigerung in der Pflege sei eine bessere Koordination zwischen den beteiligten Stellen.

Diakonie-Direktor Michael Chalupka erinnerte indes, dass noch immer unklar sei, wie die vor zwei Monaten beschlossenen zusätzlichen finanziellen Mittel für die Pflege in Österreich eingesetzt werden sollen. "Einerseits müssen jetzt im Rahmen der kurzfristigen Einigung über die kolportierten 685 Millionen Euro verstärkt jene Angebote für Pflegebedürftige gefördert werden, bei denen die Finanzierung nicht gesichert ist. Andererseits muss darüber nachgedacht werden, wie eine längerfristige Lösung und Neugestaltung aussehen kann", so Chalupka via Aussendung.